



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/II/240 - 17. 10. 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 895 890

Zur Kabinettsumbildung	S. 1
Vor dem Wiederzusammentritt des britischen Parlaments	S. 3
Die liberalste Grenze Europas	S. 5
Erinnerung an die Berliner Wahl vor zehn Jahren	S. 6

Eine wahltaktische Massnahme

sp. Das Echo in In- und Auslande auf die Kabinettsumbildung hat gezeigt, dass man sich überall darüber im klaren ist, dass lediglich der Wechsel von Blank zu Strauss ein politisch bedeutsamer Vorgang ist. Er ist zu deuten als ein Versuch, unter einem anderen Namen die militärtechnischen und militärpolitischen Vorstellungen zu korrigieren, die die Regierung Adenauer bei der Bevölkerung der Bundesrepublik in stärkste Bedrängnis gebracht hat. Unter diesem Aspekt ist die Umbildung vor allem eine wahltaktische Massnahme, dazu bestimmt, die Bevölkerung mit dem Aufbau einer Bundeswehr auszuweihen und in der Bundeswehr selbst ein besseres Klima zu schaffen. Es ist bereits angekündigt, dass Strauss in Paris für eine Revision des Zeitplanes bei der Bundeswehr-Aufstellung eintreten werde.

Im übrigen hat der Kanzler die Gelegenheit dieser Umbildung, die nur die Auswechslung auf einem einzigen wichtigen Posten bedeutet und im übrigen die überfällige Konsequenz aus dem allgemeinen Missbehagen mit der Einrichtung der Sonderminister und aus der Spaltung der FDP vor drei Viertel Jahren ist, zu einer Art Regierungserklärung und gleichzeitig als Wahlproklamation benutzt.

Ihr Kern ist die Feststellung, dass dieses Kabinettt die äussere und die innere Politik fortzusetzen gedenkt. Das ist der entscheidende Punkt. In diesem Zusammenhang ist wichtig, dass Blücher als Vizekanzler geblieben ist und nicht der "Kronprinz" Brentano an seine Stelle trat, was immerhin so etwas wie ein neues Zukunftsprogramm bedeutet oder angekündigt haben könnte.

In der Adenauer-Erklärung ist interessant, dass doch immerhin -2-

17. Oktober 1958

zugegeben wird, in der Sowjetunion und in den anderen kommunistisch ausgerichteten Staaten schwebten wichtige Auseinandersetzungen über Wesen und Struktur der totalitären Systeme, was von Adenauer vor noch gar nicht langer Zeit mit der Feststellung abgestritten wurde, es habe sich gar nichts geändert. Auch wird, im Gegensatz zu der früheren Einstellung, die Rolle der "jungen Nationen im Fernen und Fernen Osten" unterstrichen und anerkannt.

Im Übrigen wird die Politik der Stärke bestätigt, mit der faden-scheinigen Erläuterung, dass man sie nicht als Politik der Gewalt interpretiert sehen möchte; eine Erklärung für die allgemeine Wehrpflicht wird mit den gleichen Argumenten wiederholt, die wir aus dem Munde des Kanzlers seit Jahren kennen. Dabei vermisst man gerade in diesem Zusammenhang den Hinweis auf die Spaltung Deutschlands, eine fundamentale Tatsache, durch die sich die Lage Deutschlands und der Bundesrepublik grundlegend von der militärischen Situation aller anderen europäischen Mächte unterscheidet. Wenn der Kanzler bei dieser Gelegenheit die Dienstzeit von 12 Monaten unterstreicht, so, dann erhebt sich die Frage auf, ob es dabei bleiben wird. Unwidersprochen können kürzlich veröffentlichte Aussagen, die Regierung werde bei einem für ein günstigen Wahlausgang die länderübergreifende Dienstzeit einführen.

Der Kanzler spricht auch aus einem anderen notwendigen Punkt aus - die Preise. Er weist zwar nur zu stark, dass hohe Preise nur einmal eine Art unvermeidlicher und selbsterfüllender Zwangsläufiger Bestandteil von Vollbeschäftigung und Hochkonjunktur seien. Die Zusage, sich gegen ein weiteres Steigen der Preise trotzdem mit Bestimmtheit zu wenden, klingt deshalb wenig überzeugend.

Die "Gunst der Stunde" habe ihn, so sagte Adenauer am Schluss, bewegen, nicht nur eine kurze Erklärung zur Regierungsumbildung abzugeben, sondern etwas ausführlicher zu werden. Vielleicht war es aber mehr die Ungunst der politischen Situation, die ihn dazu veranlasste.

* * *

Weiterwursteln wie bisher

E.A. London

Die Parteidemomärsche in Blackpool und Llandudno sind vorüber; am 25. Oktober werden die Parlamentarier aus den Ferien nach Westminster zum Ober- und Unterhaus zurückkehren. So wie im Herbstwind die Blätter von den Bäumen fallen, wird sich Sir Anthony Eden seine Aufgabe damit erleichtern, dass er einige seiner Ministerkollegen fallen lässt, ehe der parlamentarische Sturm erhebt. Verteidigungsminister Monckton und Kriegsminister Head stehen auf der Ausscheidungsliste. Beide sind verantwortlich für das unerklärliche Durcheinander bei der teilweisen Suezmobilisierung, für die Unzufriedenheit der Reservisten und die betrübliche Tatsache, dass Grossbritannien trotz eines Aufwandes von rund 70 Milliarden D-Mark in den vier Jahren konservativer Regierung selbst für einen lokalen Konflikt militärisch unvorbereitet dasteht. Selbst bis tief in die Reihen der Konservativen war man schockiert, dass sogar die Garderegimenter ihre Unzufriedenheit demonstriert hatten. Wenn so etwas in einem der feudalen Garderegimenter möglich ist, dann muss, so sagen sie, das Kriegsministerium versagt haben.

Wenn das Unterhaus sich am 25. Oktober wieder versammelt, dann wird der Labourabgeordnete Stokes die unmittelbare Entlassung der Suezreservisten verlangen. Sein Antrag wird der erste Anlass zum Zusammenstoss zwischen Regierung und Opposition abgeben. Anthony Eden hatte in seiner Rede, die den konservativen Parteitag in Llandudno abschloss, erklärt, dass die teilweise Mobilisierung weitergehen müsse, bis eine zufriedenstellende Lösung der Suezkanalkrise erreicht sei. Weder die einberufenen Reservisten noch ihre Familien und die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung werden ihm darin zustimmen.

Der nächste parlamentarische Zusammenstoss dürfte durch die Haltung der Regierung zur Todesstrafe herbeigeführt werden. Noch im Juli hatte Premierminister Eden versprochen, eine Erklärung über die Absichten der Regierung während der jetzigen Legislaturperiode abzugeben. Ende Oktober wird sie zu Ende gehen. Nach der Unterhausabstimmung für die Abschaffung der Todesstrafe im Februar hatte sich die Regierung bereit gefunden, dem sogenannten "Silverman" Gesetz keine Schwierigkeiten bereiten zu wollen. Das Oberhaus hat das Gesetz verworfen. Das Gesetz müsste also neu im Unterhaus eingebracht, beraten und beschlossen werden, ehe es Gesetzeskraft erlangen würde. In Llandudno zeigten die konser-

vativen Parteitage delegierten ihre fast einmütige Feindschaft zum Abschaffungs-gesetz und der Innenminister hat durchblicken lassen, dass die Regierung nun ihr eigenes Gesetz einbringen werde, das die Todesstrafe nicht abschafft, sondern sie nur in besonders schwerwiegenden Fällen zur Anwendung belassen will. Die nicht geringe Anzahl von konservativen Abgeordneten, die für das Silverman Gesetz gestimmt hatten, wurden wahrscheinlich vor der Stimmung des Parteitages ebenso kapitulieren, wie die Regierung vor dem Oberhausveto.

Konflikt über Mietkontrollen

Gestützt auf ihre sichere Mehrheit im Parlament wird die Eden-regierung den Sturm über Suez, über das Versagen der Wehrministerien und die Kapitulation vor den Strafrechtsreaktionären verhältnismässig ungeschoren überstehen, selbst wenn man diesen oder jenen Minister der berechtigten Kritik opfern muss. Viel weittragender aber werden die sich entahnenden grundlegenden Differenzen zwischen Konservativen und Labour sein, wie sie sich auf Grund der Parteitagebeschlüsse in Llandudno und Blackpool ankündigen. Da ist einmal der Konflikt über die Mietkontrollen. Duncan Sandys hat in Llandudno eine radikale Reform des Mieterschutzes angekündigt. Er soll für bestimmte Wohnungsklassen einfach fortfallen, für andere aber bis zur völligen Aufhebung stark abgemildert werden. Fünf Millionen Familien werden von den zu erwartenden Mietersteigerungen betroffen werden. Die konservative Wohnpolitik besteht in der "Freisetzung", der Überantwortung, der Wohnbeschaffung und Versorgung an die privaten Besitzer und Gesellschaften, mit anderen Worten, in dem Zurück zur Zeit der Wohnspekulationen und Mietsrauberei.

Demgegenüber hatte die Labourparty in Blackpool die Wohnversorgung zu einem Sozialdienst erklärt. Labour will alle Wohnbeuten unter Mieterschutz in kommunalen Besitz übernehmen, damit die un sich greifende Verslumung beseitigen und allen Wohnungssuchenden menschenwürdige Behausungen zu erschwinglichen Mieten zur Verfügung stellen. Vielleicht in keinem anderen Programmpunkte wird daher der weltweite Unterschied zwischen sozialistischer und konservativ-privater Politik der überwiegenden Mehrheit der englischen Bevölkerung so deutlich vor Augen geführt werden.

Nimmt man hinzu, dass Sir Anthony in seiner Rede die Resolution des Gewerkschaftskongresses von Brighton als eine Kampfansage - 5 -

an die Lohnpolitik der Regierung bezichnete, so kann man schon jetzt harte Kämpfe um Löhne und Sozialmassnahmen im kommenden Winter voraussagen. Ebenso bestimmt darf man allerdings voraussagen, dass die Edenregierung im Amt bleiben wird. Sir Anthony erklärte, dass seine Regierung entschlossen sei, ihr Mandat, das für die gesamte Parlamentszeit gelte, voll auszuüben. Neuwahlen, die wahrscheinlich mit einer Niederlage der Regierung enden würden, hat er damit ausgeschlossen.

* * *

Frucht eines verbesserten politischen Klimas

mu, Kiel

Die Verbesserungen des politischen Klimas an der deutsch-dänischen Grenze hat jetzt zu einer Reihe von Besprechungen und Arbeiten deutsch-dänischer Kommissionen geführt, welche Fragen zum Gegenstand haben, die mit dem eigentlichen Grenzverlauf zusammenhängen. Die Arbeiten wurden möglich, nachdem auf Drängen der Sozialdemokraten in Kopenhagen und Kiel im letzten Jahr gegenseitige Minderheiten-Protokolle in Bonn und Kopenhagen unterzeichnet worden sind.

Die deutsch-dänische Grenze ist zur liberalsten Europas geworden, nachdem der dänische Staatsminister Hansen und der deutsche Botschafter in Kopenhagen, Tuckwitz, ein Abkommen über die Grenzübergänge unterzeichneten. Für die Bevölkerung im Grenzraum sind weitere Grenzübergänge eingerichtet worden, welche den "nachbarlichen" Besuch ermöglichen, ebenso für den internationalen Verkehr, für den die Passbestimmungen wesentlich erleichtert wurden. Das ist besonders bemerkenswert, denn zwischen den Partnern des Nordischen Rates, Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland gibt es keine "Paasgrenzen" mehr, so dass die Einreise in Dänemark die freie Bewegungsmöglichkeit in ganz Skandinavien bedeutet.

Seit einigen Wochen ist eine deutsch-dänische Grenzwasserkommission mit der Berechtigung der seit 36 Jahren festliegenden Staatsgrenze beschäftigt. Inzwischen sind eine Reihe von Grenzflüssen begradigt worden. Jetzt werden die beiderseits liegenden Ländereien ausgetauscht und die Wertbestimmungen für unterschiedlich grosse Austauschflächen festgelegt. So hat sich an der Alten Au, welche auf 20 km Länge die natürliche Grenze bildet, eine Grenzverlängerung um vier Kilometer ergeben.

Gutachterbesprechungen über den Bau eines neuen Kooges an der Nordseeküste zwischen der dänischen Insel Rön und der deutschen Insel Sylt stehen bevor. Hier verläuft die Staatsgrenze durch das weite Wattenmeer. Der Koog, der hier entstehen soll, wird in deutsch-dänischer Gemeinschaftsarbeit errichtet werden. Durch ihn wird einmal die Staatsgrenze verlaufen müssen. Im gleichen Gebiet liegen die dänischen Muschelzuchtgebiete, über welche die deutschen und dänischen Fischer nicht mehr mit ihren Netzen fangen dürfen. Auch das erfordert natürlich gemeinsame Besprechungen.

* * *

Berlin stoppte den Vormarsch des Bolschewismus

Von Franz Neumann, 1. Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Berlin

Am 20. Oktober 1956 sind 10 Jahre seit jener ersten Wahl nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches in Berlin vergangen, die weit über Berlin, ja weit über Deutschland hinaus in der ganzen Welt Aufsehen erregte. Je weiter der Abstand von diesem Tage, um so stärker wird von vielen die Bedeutung dieses Tages erkannt. Denn dieser Tag brachte ja nicht nur einen Erfolg der Sozialdemokratie Berlins; das Ergebnis dieses Tages bedeutete den Sieg der demokratischen Kräfte über die Welle des Bolschewismus, die über ganz Deutschland zusammenzuschlagen drohte. Wir hatten zuvor Wahlen im Westen Deutschlands auf zentraler Basis; wir hatten sie in der sowjetisch besetzten Zone, aber keine kann sich an Bedeutung mit den Berliner Wahlen des 20. Oktober 1946 messen.

Die Wahlen in der sowjetisch besetzten Zone konnten nicht als Stimmungsbarometer gewertet werden, da die Sozialdemokratie völlig ausgeschaltet war und die CDU und LDP (FDP) nur in den letzten, den Länderwahlen, allgemein zum Zuge kommen konnten. In Berlin hatte die Sozialdemokratie durch ihren unermüdlichen Kampf, der durch die Anwesenheit von vier Besatzungsmächten in dieser Form ermöglicht wurde, sich behaupten können und war in den Monaten nach ihrer Konstituierung am 7. April 1946 in die Offensive gegangen.

Am 1. März 1956 haben wir des Tages vor 10 Jahren gedacht, als in dem im Sowjetsektor gelegenen Admiralsplatz die Funktionäre der Berliner Sozialdemokratie gegen den Willen Grotowchis und Pechners die Urabstimmung erzwangen. Am 21. März 1946 bestätigte die Mitgliedschaft der Partei den Willen zur Unabhängigkeit und am 7. April 1956 waren 10 Jahre seit dem Tage vergangen, an dem die Sozialdemokraten in der Zehlendorfer Zinnwaldschule sich neu formierten und durch ihr Bekenntnis die demokratischen Grundlagen Berlins festigten.

Die Alliierte Kommandantur hatte am 13. August 1946 den provisorischen Magistrat die vorläufige Verfassung von Gross-Berlin überreicht. In dem Begleit Schreiben hiess es, "dass diese Verfassung nach 6en Jahre der faschistischen Diktatur die Gesamtheit der Machtbefugnisse in die Hände der vom Volke gewählten Vertreter lege. Die politische Unabhängigkeit in Berlin solle wiederhergestellt werden und der Bevölkerung in Angelegenheiten der Stadtverwaltung das Selbstbestimmungsrecht wiedergegeben werden."

Grotowchis Irrtum

Nicht nur die drei westlichen Kommandanten, sondern auch der sowjetische Kommandant, Generalmajor Kotikow, hatten unter dieses Dokument, das man heute schon historisch nennen kann, die Unterschrift gegeben. In allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl sollte das Volk sprechen und seine Vertreter wählen, die sich in einer konstitutionellen Versammlung zusammenschliessend eine Regierung schaffen sollte. 10 Jahre danach wissen wir, dass die Kommunisten, sowohl die aus Moskau als auch die aus Pankow, damals ihre Zustimmung geben, weil sie glaubten, in diesem Berlin einen grossen parlamentarischen Einfluss erreichen zu können. Die Kraft der Sozialdemokratie und der Wille der Berliner wurden völlig falsch eingeschätzt. Es ist sehr interessant,

17. Oktober 1946

heute noch einmal Herrn Grotewohls Worte aus einer Rundfunksendung am 2. März 1946, einen Tag nach dem grossen Aufstand der sozialdemokratischen Funktionäre, über die Chancen der Berliner Sozialdemokratie zu hören:

"Diese Dinge sieht eben Dr. Schumacher völlig falsch. Hier liegen zwei grosse Fehlschätzungen vor. Einmal ist es eine Fehlschätzung Dr. Schumachers, wenn er der Auffassung ist, dass in Berlin 90 % und in der Sowjetzone 80 % der sozialdemokratischen Mitglieder gegen die Vereinigung seien."

Wir können von uns aus sagen, dass wir die politische Situation richtig einschätzten, und dass die grosse Masse der Berliner Sozialdemokraten unsere Auffassung teilte. Dem Opfermut, der Bekannnisfreudigkeit und dem Arbeitswillen aller war es zu danken, dass die Sozialdemokratie diese gewaltige Entwicklung in so kurzer Zeit nehmen konnte.

Als Kurt Schumacher am 20. Februar 1946 zum ersten Mal wieder in Berlin war, trugen wir ihm unsere Pläne vor. Wir waren nur wenige. Am 20. Oktober 1946 hatte sich jedoch jeder zweite Berliner zur Sozialdemokratie bekannt. Die Sozialdemokratie hatte 42,7 %, die CDU 22,1 %, die SED 19,8 % und die LDP 9,4 % aller Stimmen erhalten. Genau acht Monate lagen dazwischen. Es waren Monate der spannungreichsten Geschehnisse unserer Stadt, in denen die Sozialdemokraten durch ihren Mut und selbstlosen Einsatz verhinderten, dass dieses unser Berlin nach der Zerschlagung des Faschismus doch noch der neuen Diktatur als billige Beute in die Hände fiel. Prag war die letzte siegreiche Station des Bolschewismus; hier in unserer Stadt haben wir schon zuvor seinen Vormarsch stoppen können.

Die Enttäuschung der KP

Die Bedeutung des Wahlausganges lag nicht nur in der Feststellung der Kraft der Berliner Sozialdemokratie. Diese Wahl war schon damals für uns deutliche Bestätigung, dass die Vereinigung von KPD und SPD in der Zone nur mit den Mitteln des Terrors erfolgen konnte.

Am 2. März 1946 konnte Herr Grotewohl in dem schon erwähnten Interview noch von einer Fehlschätzung Kurt Schumachers sprechen in Bezug auf die Einstellung der Sozialdemokraten in der sowjetisch besetzten Zone. Er antwortete damals Kurt Schumacher:

"Wir warteten ruhig und mit Zuversicht die Entwicklung ab. Die Antwort werden die Arbeitermassen Berlins und in der Sowjetzone am 22. April 1946 (der Tag der Zwangsvereinigung) selbst erteilen. Alles andere gehört in das Gebiet der politischen Propheten und des politischen Märchenerzählers."

Die Berliner konnten durch ihr Bekanntnis zur freien Sozialdemokratie am 20. Oktober 1946 Grotewohl als einen falschen Propheten entlarven und ihn nach so kurzer Zeit in die Rolle des politischen Märchenerzählers bringen. Die Entscheidung der Berliner hatte darüber hinaus nicht nur gesamtdeutsche Bedeutung, sondern war auch für die westlichen Besatzungsmächte richtungweisend. Die einzige einheitliche freie Wahl in Berlin bis zum heutigen Tage offenbarte uns just das Ergebnis einer freien Wahl in der sowjetischen Besatzungszone. Niemals mehr ist eine Wiederholung in derartiger Weise möglich gewesen. Die Kommunisten haben

17. Oktober 1956

jenem Tage nicht mehr gewagt, das Volk frei sprechen zu lassen. Sie haben sich auf das System der Einheitsliste zurückgezogen, das in Deutschland zuerst von der Hitler-Diktatur praktiziert worden ist.

Die Spaltung unseres Berlins erfolgte vor der zweiten Wahl am 3. Dezember 1948 aus der Furcht vor einem völligen Untergang der KPD in unserer Stadt. Es war die kleine Gruppe kommunistischer Abgeordneter, verstärkt durch je einen CDU- und LDP-Abgeordneten, die am 30. November 1948, in Berlins dunkelster Zeit der Blockade, diese Massnahme vornahm. Das Versprechen des neuen, von den Sowjets gestützten Oberbürgermeisters Ebert in der kommandierten Massenkundgebung vor der Universität lautete:

"Um alle Unklarheiten zu vermeiden, erkläre ich hiernit unmissverständlich, dass der neue Magistrat nur ein Provisorium darstellt. Wir werden unverzüglich daran gehen, eine neue Verfassung und eine neue Wahlordnung auszuarbeiten. Danach werden wir wahrhaft demokratische Wahlen durchführen lassen und abtreten, sowie dem neugewählten demokratischen Magistrat die Amtsgeschäfte übergeben."

Beispielgebend für ganz Deutschland

Die Hennecke hat man an diese Arbeit nicht gelassen, denn bis zum heutigen Tage ist der provisorische Magistrat Osterlins immer noch diktatorisch tätig. An dieser Tatsache wird deutlich, dass sowohl in Ostberlin als auch in der sowjetisch besetzten Zone Auswirkungen des 20. Parteikongresses der KPdSU bisher nicht sichtbar geworden sind. In Moskau ist der Stalinkult beseitigt; Herr Ulbricht pocht aber immer noch auf seiner Stalinallee und dem Kult in Ostberlin. In Ostberlin haben die Tapferen und Verantwortungsbewussten der Berliner Sozialdemokraten ihren Kampf 10 Jahre lang unter den schwierigsten Verhältnissen durchgestanden. In der Zone standen sie auf verlorenen Posten, weil die Bajonette der Besatzungsmacht den kommunistischen Funktionären die Harrenhaft gestatteten. Im sowjetischen Sektor von Berlin aber ermöglichte der Beschluss der Alliierten Kommandantur vom 31. Mai 1946 das Fortbestehen der Partei.

Unser Dank an diesen Jubiläumstage gilt den Männern und Frauen, die mit Stolz sagen können, dass sie die Willensbrüder der immer noch unterdrückten Bevölkerung sind. Dieses Volk lebt nun seit fast einem Vierteljahrhundert unter dem Druck der Diktatur. Der freie Westen - und damit meine ich nicht nur das Gebiet der Bundesrepublik - sollte in verstärkter Weise seine Kraft einsetzen, um die Spaltung unseres Vaterlandes zu überwinden und Berlin stützen bei seinen Bemühungen, sich auf die Hauptstadtfunktionen vorzubereiten. Die Kommunisten könnten ihren Teil zur Schaffung der Deutschen Einheit beitragen, wenn sie das wahr werden liessen, was Wilhelm Pieck am Vorabend der Wahl des 20. Oktober 1946 im "Neuen Deutschland" als Grundlage eines demokratischen Staates stellte:

"Des Volkes Wille ist oberstes Gesetz".

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau